

Claudia Schellenberg und Kurt Häfeli

Arbeitsmarktintegration in einer aargauischen Region: Hindernisse und Lösungsansätze

Zusammenfassung

Welche Menschen haben es besonders schwierig, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden? Welches sind die erlebten Hindernisse? Welche Massnahmen braucht es, damit die Chancen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt verbessert werden können? Die Hochschule für Heilpädagogik (HfH) hat im Auftrag von neun Aargauer Gemeinden und der regionalen Wirtschaftsförderung aargauSüd eine breit angelegte Evaluationsstudie durchgeführt, um Antworten auf diese Fragen zu finden. Die Ergebnisse stützen die These, dass in der Region ein Bedürfnis besteht, die Situation für Personen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Begleitgruppe des Projektes empfiehlt den Gemeinden, ihre Sozialpolitik hinsichtlich der Anreize zur Arbeitsmarktintegration zu überprüfen und Massnahmen umzusetzen, welche die Integrationspraxis aktiv unterstützen.

Résumé

Quelles sont les personnes qui éprouvent des difficultés à suivre une formation ou à trouver un emploi? Quelles sont les obstacles rencontrés par ces personnes? Quelles sont les mesures nécessaires pour améliorer leurs chances d'intégration sur le marché du travail? Dans le but de répondre à ces interrogations et à la demande de neuf communes du canton d'Argovie et de la régionale Wirtschaftsförderung aargauSüd, la Hochschule für Heilpädagogik (HfH) a entrepris une étude d'évaluation à grande échelle. Les résultats obtenus confirment la thèse selon laquelle, il existe réellement dans la région un besoin d'améliorer la situation pour les personnes rencontrant des difficultés particulières sur le marché du travail. Le groupe d'accompagnement du projet suggère aux communes d'examiner leur politique sociale afin de favoriser l'intégration sur le marché du travail et d'appliquer des mesures visant à soutenir activement la pratique de l'intégration professionnelle.

Ausgangslage und Zielsetzung

Globalisierung und Rationalisierung führen dazu, dass die Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte tendenziell steigen und Stellen für niederschwellige Arbeiten abgebaut werden. Von diesen Entwicklungen betroffen sind vor allem Menschen mit einer Behinderung oder Beeinträchtigung, schlecht ausgebildete Menschen, Ausländerinnen und Ausländer mit mangelnden Sprach- und Kulturkenntnissen sowie junge Menschen ohne Berufsausbildung.

Für deren Integration in den Arbeitsmarkt sind heute verschiedene Stellen und

Ebenen zuständig. Die Hypothese ist, dass die Angebote der Arbeitsmarktintegration in der Region heute kaum aufeinander abgestimmt sind und die Schnittstellen und Übergänge zwischen Integrationsbereichen ungenügend bearbeitet werden, so dass die Erreichung des Integrationsziels kaum systematisch erfolgen kann. Neun Gemeinden aus dem Bezirk Kulm (Birrwil, Burg, Gontenschwil, Leimbach, Oberkulm, Schmiedrued, Reinach, Unterkulm, Zetzwil) und die Wirtschaftsfördervereinigung aargauSüd haben deshalb Ende 2007 ein Projekt lanciert unter dem Motto «Arbeit für alle,

die arbeiten können» (Projektleitung Stiftung «Lebenshilfe»). Das in seiner Breite einmalige Projekt sollte Erkenntnisse liefern zur aktuellen regionalen Situation und zu Lösungsansätzen, die als Entscheidungsgrundlagen für die Gemeinden dienen. Zentrale Fragestellungen der Untersuchungen sind: Welche Personen sind mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert? Welche Angebote an niederschweligen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen bestehen bereits oder sind unmittelbar geplant? Welche Anbieter können unter welchen Rahmenbedingungen entsprechende Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen? Wie funktioniert die interinstitutionelle Zusammenarbeit und was wäre zu verbessern? Was ist in einer überblickbaren Region möglich, wenn alle beteiligten Partner zusammenarbeiten?

Methodisches Vorgehen

49 Schlüsselpersonen von kantonalen Stellen, Gemeindebehörden, Sozialdiensten, Arbeitgeberverbänden und Schulen der Region wurden in Einzel- und Gruppengesprächen befragt. Weiter wurden die Betriebe der Region zu einer schriftlichen Befragung eingeladen, 17 nahmen daran teil.

Hauptergebnisse: Hindernisse vorhanden

Kernaussagen aus den Befragungen sind, dass die Mehrheit der Befragten mögliche Hindernisse für das Finden einer Ausbildungs- oder Arbeitsstelle in erster Linie beim Alter der sich Bewerbenden (Jugendliche und ältere Personen ab 45/50 Jahren), beim soziodemographischen Hintergrund (insbesondere Migration), bei der schulischen Qualifikation (Schulabschluss, Schultyp) sowie beim Ausmass der physischen und oder psychischen Beeinträchtigung sieht. Häufig wurden jedoch die Arbeitsmotivation und

die sozialen Kompetenzen für eine erfolgreiche Arbeitsintegration als wichtiger beurteilt als die physische oder psychische Beeinträchtigung oder Behinderung an sich.

Die Untersuchung brachte fünf Bedarfsgruppen zu Tage, welche auf dem Weg in die Arbeitswelt eine spezielle Unterstützung benötigen. Es sind dies folgende, sich teilweise überschneidende Gruppen im erwerbsfähigen Alter: Jugendliche mit gravierenden Problemen bei der Lehrstellensuche (47 Personen); Erwerbslose (417); Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger (130 bis 150); Erwerbstätige mit langen Krankheitsabsenzen (Zahl unbekannt) und Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen (Hilflosenentschädigung: 309, IV-Rente: 738). Für die verschiedenen Bedarfsgruppen sind verschiedene Stellen verantwortlich und nicht selten besteht Verwirrung darüber, mit welchen Anliegen man sich wo melden muss.

Es gibt zwar viele Angebote im Kanton, vor allem Beschäftigungs- und Integrationsprogramme, Angebote zu Begleitung und Coaching am Arbeitsplatz, sowie Angebote zum Übergang von der Schule in den Beruf. Allerdings sind diese oft zu wenig bekannt oder nicht in der Region angesiedelt.

Die befragten Arbeitgebenden sind gegenüber der Arbeitsintegration von Menschen mit Unterstützungsbedarf grundsätzlich positiv eingestellt. Es bestehen aber nur wenige konkrete Erfahrungen und die Behinderungsbilder sind eingeschränkt (v. a. auf körperliche Behinderungen). Allerdings hielten die Befragten trotzdem fest, dass die Rahmenbedingungen sie beeinträchtigen würden. Es bräuchte nämlich finanzielle Zuschüsse, um Arbeitsplätze behindertengerecht einzurichten, Lohnzuschüsse und andere Voraussetzungen bei der Pensionskasse oder Krankentaggeldversicherung. Ein wei-

teres Bedürfnis besteht darin, ein Arbeitscoaching während der Einarbeitungszeit zu erhalten. Als Hemmnisse wurde auch der Datenschutz, dem Ärzte, IV- und andere Stellen unterstehen, genannt.

Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse des Projekts stützen die These, dass in der Region ein Bedürfnis besteht, die Situation für Personen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Es werden von der Projekt-Begleitgruppe verschiedene Handlungsempfehlungen vorgeschlagen:

1) Anreize für Arbeitsmarktintegration in der Sozialpolitik der Gemeinden

Es ist notwendig, dass die Gemeinden die politische Diskussion zur Grundsatzfrage führen, ob die finanzielle Sozialhilfe eine «Sozialrente» ohne Arbeitsleistung sein soll oder die Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger entsprechend ihrer individuellen Leistungsfähigkeit zu Arbeitseinsätzen verpflichtet werden sollen. Eine vorgeschlagene Sofortmassnahme ist die gemeinsame Entwicklung von *verbindlichen Leitlinien zur Nutzung von Beschäftigungsprogrammen*. Zudem soll die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren wie Gemeinden (Ressort Soziales), RAV (AWA) und IV-Stelle optimiert werden (*Schnittstellenoptimierung*), beispielsweise durch die gemeinsame Entwicklung von pragmatischen Lösungsansätzen betreffend des Transfers von Fallinformationen.

2) Schaffung niederschwelliger Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Region

Schon allein die Grössenordnung der Sozialhilfe- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger spricht für diese Massnahme. Aus Vernetzungsüberlegungen empfiehlt die Begleit-

gruppe eine breit abgestützte Trägerschaft, in welcher das lokale Gewerbe, die Industrie sowie die Gemeinden vertreten ist.

3) Information und Sensibilisierung der Arbeitgebenden

Es soll darüber informiert werden, wie Personen mit Unterstützungsbedarf im Betrieb fachlich integriert werden können, ohne dass dem Betrieb ein erhöhtes personelles und finanzielles Risiko, sowie administrativer Zusatzaufwand entsteht. Stellen und Arten des externen Supports (z. B. Job Coaching, Einarbeitungszuschüsse) sollen aufgezeigt werden.

4) Schaffung einer regionalen Koordinationsstelle bzw. Fachstelle Arbeit

Eine solche Fachstelle hätte folgende Hauptfunktionen: Beratung und Vermittlung (Triage) von individuellen Lösungen bei Anfragen von Arbeitssuchenden und Arbeitgebenden, Information und Sensibilisierung (Planung und Durchführung von Kampagnen), Initiierung und Begleitung von Projekten der Vernetzung der Arbeitsintegration in der Region.

Ausblick

Die vorliegenden Evaluationsergebnisse zeigen, dass es sich bei der Verbesserung von Integrationszielen lohnt, die Bedürfnisse *verschiedener* Bedarfsgruppen abzuholen. Denn nur so können die Angebote der Arbeitsmarktintegration besser aufeinander abgestimmt und die Schnittstellen und Übergänge zwischen Integrationsbereichen geklärt werden.

Die *regionale Verankerung* des Projektes hat sich als sinnvoll erwiesen. Beziehungs- und Netzwerkarbeit im unmittelbaren Umfeld stellen nämlich wichtige Scharniere dar, damit Menschen mit besonderem

Unterstützungsbedarf in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Die Ergebnisse der Evaluation dürften damit auch einfacher in die Praxis umsetzbar sein. Durch die Befragung konnte nämlich bereits ein gewisses Commitment aller wichtigen Partner (Gemeinden, Arbeitsstellen, Beratungsangebote, Arbeitgebende) in der Region erreicht werden. Es ist allerdings noch offen, ob ein von der Projekt-Begleitgruppe vorgeschlagenes Folgeprojekt einer regionalen Koordinationsstelle (Fachstelle Arbeit) zustande kommt.

Projektbericht

Schellenberg, C., Häfeli, K. & Spielmann, M. (2008). *Evaluation der Arbeitsmarktintegration in der Region aargauSüd*. Zürich: Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik. (Verfügbar unter <http://www.hfh.ch/forschung> Projekt B13)

Dr. Claudia Schellenberg
Claudia.schellenberg@hfh.ch



Prof. Dr. Kurt Häfeli
Kurt.haefeli@hfh.ch

Interkantonale Hochschule
für Heilpädagogik (HfH)
Bereich Forschung & Entwicklung
Schaffhauserstr. 239
Postfach 5850
8050 Zürich

Themenschwerpunkte der Schweizerischen Zeitschrift für Heilpädagogik 2009

Heft	Schwerpunkt	Redaktionsschluss
1/2009	Integrative Konzepte der therapeutischen Fachkräfte	
2/2009	Berufswelt erwachsener geistig behinderter Menschen/ Lebenswelt im Alter	
3/2009	Gewalt/Verhaltensauffälligkeiten	19.01.2009
4/2009	Forschung in der Heil- und Sonderpädagogik	16.02.2009
5/2009	Früherziehung	09.03.2009
6/2009	Schule und Beruf (Übergang)	20.04.2009
7–8/2009	Therapien/Methoden (LOG/PMT)	18.05.2009
9/2009	Sonderpädagogische Konzepte und Qualität	15.06.2009
10/2009	Abklärungsverfahren	17.08.2009
11–12/2009	Heilpädagogik und Kinder- und Jugendpsychiatrie	21.09.2009

Anregungen, Beiträge, Fragen etc. an: redaktion@szh.ch